

Saale-Beitung.

Verlundsberzger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 30 Pfg. (solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, 1) sonst von anderen Anzeigen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reflektieren die Seite 75 Pfg. für Halle und umwärts 1 Mt.

Ercheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24; Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, 1; Telefon Nr. 591.

Nr. 465.

Halle a. S., Dienstag, den 5. Oktober.

1909.

Die Schwäche der sozialdemokratischen Partei.

Ihre widerspruchsvolle Taktik.

Anknüpfend an die Absicht Webers, wieder an den politischen Verhandlungen aktiv teilzunehmen, hat bekanntlich der Abgeordnete Konrad Hausmann sich an den Führer der deutschen Sozialdemokratie gewandt mit der Aufforderung, deren Entwicklungsprozess zum Zwecke einer gesunden Erneuerung der deutschen Arbeiterpartei nach Kräften zu fördern. Man darf auf die Antwort des greisen Sozialistenführers gespannt sein, nachdem der „Vorwärts“ sich bereits in bekannter Manier des Gegenstandes angenommen hat.

Einem jeden, der mit offenen Augen sich im heutigen politischen Leben Deutschlands umsieht, wird zum Bewußtsein gekommen sein, daß jenes einen bedeutlich hohen Grad der Verwirrtheit angenommen hat. Keine Partei dürfte von der Schuld daran freizusprechen sein. Die größte Mitschuld an diesen unhaltbaren Zuständen trägt allerdings die sozialdemokratische Partei, und aus dieser Erkenntnis heraus hat nun kürzlich in der Halbmonatschrift „März“ der Abgeordnete Konrad Hausmann, welcher der süddeutschen Volkspartei angehört, das Wort ergriffen, um, wie wir bereits in der Abendausgabe von letzten Sonabend ausführten, im Sinne einer vernünftigen Evolutionstheorie auf Webel einzuwirken, seine klare Autorität und seinen großen persönlichen Einfluß in dieser Richtung praktisch zu verwerten. Während eine Antwort von Webel, wie gesagt, noch aussteht, hat der „Vorwärts“ bereits hierzu das Wort ergriffen. Er erklärt, die Hausmannschen Anschauungen seien von einer so verblüffenden Klarheit, wie man sie selbst bei diesem demokratischen Führer nicht erwartet habe. An seiner Argumentation sei nur die Ungeniertheit, mit der die Sünden des bürgerlichen Liberalismus der Sozialdemokratie angetrieben würden, neu. — Wir entnehmen den interessantesten Ausführungen des demokratischen Parteiführers folgendes:

„Die Sozialdemokratie nimmt ihre beste Kraft aus ihrer kulturellen Richtung und ihrem Verlangen nach Bildung. Bildung verdrängt sich in nichts mehr, als in der wohlwollenden Wertung der Menschen. Die Menschenverachtung ist eine undemokratische, aristokratische Eigenschaft. Die Sozialdemokratie züchtet aber wahre Reinkulturen von Verachtung und Herabwürdigung. Sittliche Enttötung wird ein Charakter indebilis des sozialistischen Angreifers, und Schlechtigkeit aller Angegriffenen ist ein oratorisches Bedürfnis der Sozialdemokratie. Dies beeinflußt die ganze Geistesentwicklung zahlloser Genossen und rächt sich in der maßlosen Heftigkeit, mit der auch die Anhänger der sozialdemokratischen Partei auf Parteitagungen und in der Presse mit ausschließlicher Geringschätzung von Genossen behandelt werden. Hier laßt ein neuer Widerspruch mit der Verheißung, daß die Sozialdemokratie das Volk erziehen wolle zu höheren, feineren und edleren Stufen. Die Erziehung des Volks, — ein Ziel ausnütze zu wünschen! Aber ein allerwesentlichstes Element der Bildung ist doch die Herzensbildung, und ihr Ader darf nicht mit zu viel Mißtrauen befestigt werden. In Dresden hat der erste Führer der Sozialdemokratie ausgerufen: „Mehr Saß, mehr Gift und Galle!“ Wir besitzen ein anderes Wort und Testament, das lautet: „Mehr Licht.“ Das „Mehr Licht“ wird verbunzelt durch „Mehr Saß, Gift und Galle“, wie durch tiefe Schlagföhnen.

Die heutige Methode der deutschen Sozialdemokratie weckt keine Freude, sondern Freudlosigkeit. Das ist die tiefste Schwäche der mächtigen Partei, das ist der Grund, weshalb sie bei dem deutschen Volkspartei nicht die Aussicht hat, überhaupt eine Mehrheit oder gar eine dauernde Mehrheit zu erlangen. . . Die Dreimillionenpartei vermag bei ihrer heutigen Methode nicht Kraft in Wärme umzuformen. Sie vermag das politische Leben zu zerreißen und zu zerlegen, noch mehr, als dies schon durch die Existenz einer katolischen Arbeiterpartei der Fall ist. Große Lager, die das politische Interesse des Volkes dauernd wecken und für das staatliche Wesen warm halten können, vermögen sich nicht zu bilden. Statt ein Lager links und eines rechts, hat Deutschland vier oder fünf Bivakts. Alle Parantokratien werden zerstört. Ueber Schuld und Verdienst an den Gesetzgebungsakten findet eine ärmliche Raßbalgerei statt. . . Auch in der Frage des parlamentarisch-konstitutionellen Systems kreuzt und hemmt die sozialdemokratische Methode die gradlinige Entwicklung. . . Die Sozialdemokratie ist nur bereit, eine Regierung durch das Mehrheitsprinzip zu führen, nicht aber zu führen.

Daran leidet, wie an einer gegebenen Wunde, unser parlamentarisches und politisches Leben. Das ist nicht bloß eine Inkonsequenz, das ist eine Verleugnung des demokratischen Grundprinzips durch eine demokratische Partei. Die Sozialdemokratie ist keine Mehrheit, sie muß also folgerichtig, solange sie es nicht ist, zur Bildung einer Mehrheit mit anderen Parteien zusammenwirken. Das verweigert aber die deutsche Sozialdemokratie aus Klassenkampflust. Sie will das konstitutionelle System erst, wenn sie selbst einmal in der Mehrheit ist, bis dahin entzieht sie ihm ihre Mitwirkung. Diese Sünde ist auch eine heimliche Unehrlichkeit. Denn sie greift die Regierung wegen mangelndem Konstitutionalismus an und verlagert selbst für die Gegenwart ihre Mißliebe als parlamentarische Partei. Weil die sozialdemokratische Partei mit keiner bürgerlichen Partei im Parlament eine gemeinsame Politik machen oder führen will, schafft sie seit Jahren eine unklare Zwangslage und nötigt die übrigen Parteien der Linken, die für sich auch gleichfalls weit entfernt von einer eigenen Mehrheit sind, mit anderen Parteien zusammenzuwirken. Die Sozialdemokratie ist wütend, daß die anderen Parteien nicht mit ihr gehen, und verweigert grundsätzlich das Zusammengehen mit andern!

Und nun ein letzter Widerspruch. Die Partei geht aus von dem eigenen Wert des freien Menschen, der sich selbst vor seinem Gewissen verantwortlich ist. Gut. Ihren Auserwählten aber, den ausgesuchten Vertretern in Parlament, Landtag und Gemeindefolge, wird das eigene Verantwortlichkeitsgefühl, dieser höchste Schutz der Kulturpöfser, geschwächt und estamotiert, indem ihnen das Gewissen der Gesamtpartei furrögert wird. Da aber diese ein Kollektivum und Mehrheitsinstrument ist, so ist das Parteigewissen nichts als Parteiwille, und fremder Wille lenkt die Handlungen der sozialdemokratischen Vertreter zurzeit in hohem Maß. Ist das ein Vorbild jener Freiheit, die den Menschenwert abt, die ihm die Kraft der Ueberzeugung gibt, welche nur aus dem eigenen Herzen kommen kann? Die sozialistische Presse ist häufig so grausam gegen die eigenen Genossen, sie öffentlich von ihrer Ueberzeugung abspießen. Das wirkt tief verlegend, und es degradiert die sozialdemokratischen Vertreter vor sich und den andern. Durch alle diese Widersprüche leidet die Sozialdemokratie der Rechten seit Jahren unschätzbare Dienste.

Zur Sammlung hart arbeitender Menschen sind drahtliche Mittel nötig. Aber jetzt sind die Arbeiterkreise in der Hauptlage gesammelt. Zu den langen Märschen, die jetzt nötig sind, zu dem sümmeren kulturellen Aufsteigen bedarf es in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit anderer Mittel. Jetzt müssen ihnen alle die Möglichkeiten des Emporkommens in der Gegenwart gezeigt und erleichtert werden. Die Erziehung großer Massen zu einem feineren, freieren und darum reideren Empfinden kann nicht bloß mit Mißtrauen und trotziger Abstoßung der menschlich-bürgerlichen Beziehungen durchgeführt werden, in die alle Menschen der Kulturstaaten hineingeboren sind. Zukunftshoffnungen genügen so wenig wie im Taufendjährigen Reich, und der Glaube an den kulturellen Wert eines Kladderadabasis ist im Reich des allgemeinen Stimmrechts schwer festzuhalten. Diese Sorgen bewegen viele intelligente Arbeiter und viele ehrlich und vorwärtsgerichtete Bürger. Sie bewegen auch die sozialdemokratische Partei heimlich und offen.

Sind die Revolutionisten in der Mehrheit oder in der Minderheit? Diese Statistik ist deshalb nicht aufzumachen, weil in der Brust eines jeden Genossen ein halber Maximalist und ein halber Revisionist ist, die sich alle Quartale erbitterte Schlachten schlagen. Als „Gewerkschaftler“ Gegenwarts-mensch, als „Sozial“ Zukunftsmann, — so schleppen Hunderttausende „diesen Zwiespalt der Natur“ mit sich. Auf dem letzten Parteitag hat der Zweifel die Wage gehalten, und die stille Frage, ob man nicht die Methode remedieren soll, ging durch die Reihen. Die Strömungen und die Stimmungen sind fast gleich stark, und eben das ist der Grund, weshalb gerade jetzt ein Einzelner, der das Vertrauen auch der Unentwegten besitzt und der sich dieses Vertrauens durch Arbeit, Begeisterung, Kraft und Martyrium verdient hat, viel erreichen könnte, wenn er das Fagiz der Erfahrungen offen zieht und einen Teil der Widersprüche ausschleiden hilft. Und dieser Eine soll August Weber sein!

Deutsches Reich.

Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser, der heute mittig in Königsberg eintrifft und beim 1. Grenadierregiment speist, reist von dort um 3 Uhr nachmittags nach Coblen, wo er um 5 Uhr 15 Min. ankommt. Die Ehrenkompanie stellt das 152. Infanterieregiment. Für Freitag nachmittag kurz nach 2 Uhr ist die Abreise nach Marienburg festgelegt, wo eine etwa einwöchige Besichtigung des Schloßes vorgenommen wird. Am 26. Uhr erfolgt die Abreise nach Königsberg, wo ein Essen der Reichsbeamten am 27. in der Kaiserlichen Hofkapelle mit dem Präsidents Erzellen dem Kammerherrn Rittermeister a. D. Grafen Karl von Kallenberg am 28. und durch den Tod des Kammerherrn Burgrafen und Grafen Friedrich zu Dohna-Landau auf Land erledigte Amt als Oberburggraf mit dem Präsidents Erzellen dem Kammerherrn Landrat a. D. Konrad F. v. Zindenberg auf Schönberg vom Kaiser verlassen worden.

Das durch den Tod des Grafen zu Eulenburg-Brauns erledigte Amt als Landhofmeister im Königtum Preußen ist dem Kammerherrn Wirkl. Geh. Rat Grafen August v. Dönhoff auf Friedrichsdorf, das hierdurch erledigte Amt als Obermarschall mit dem Präsidents Erzellen dem Kammerherrn Rittermeister a. D. Grafen Karl von Kallenberg am 28. und durch den Tod des Kammerherrn Burgrafen und Grafen Friedrich zu Dohna-Landau auf Land erledigte Amt als Oberburggraf mit dem Präsidents Erzellen dem Kammerherrn Landrat a. D. Konrad F. v. Zindenberg auf Schönberg vom Kaiser verlassen worden.

Berufsgenossenschaften und Reichspostverwaltung.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt: In der Presse ist die Frage erörtert worden, wann die Vorschriften des Finanzgesetzes vom 15. Juli 1909 wegen der Vorschriften, die künftig von den Berufsgenossenschaften an die Reichspostverwaltung abzugeben sind, in Wirksamkeit treten. Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß die Verpflichtung, die Vorschüsse vom Januar 1910 ab zu leisten, im Gehege ungewiss bleibt, da es gedrückt ist. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um den Berufsgenossenschaften die Ausführung des Gesetzes, insbesondere hinsichtlich der Aufbringung der Geldmittel während des ersten Jahres nach Zulassung zu erleichtern.

Zur Einbringung der Reichsversicherungsordnung.

Im Reichstage wird gemeldet: In der Redaktionskommission sind bereits die beiden ersten Bücher nach den Beschüssen der ersten Sitzung in den Ausschüssen des Bundesrats fertiggestellt, und die vier übrigen Bücher folgen demnächst nach. Daran wird sich eine zweite Sitzung in den Ausschüssen anschließen, die kaum noch einen großen Zeitaufwand beanspruchen dürfte. Die Durchberatung im Plenum des Bundesrats beschränkt sich naturgemäß auf einige prinzipielle Fragen. Es besteht danach durchaus die Möglichkeit, daß bis Ende November der Entwurf fertiggestellt sein wird, so daß er schon Anfang Dezember im Reichstag zur Vorlage gelangen kann. Bei dem Umfang des Entwurfs mit seinen fast 1800 Paragraphen und den großen umstrittenen prinzipiellen Fragen ist an eine Verabreichung in der nächsten Tagung bis zu den Sommerferien nicht zu denken. Man muß aber berücksichtigen, daß sich schon im Sommer 1911 die Neuauflagen zum Reichstag stattfinden werden. Aus diesem Grunde besteht zweifellos eine Veranlassung, die Vorlage so früh wie nur möglich im Reichstag einzubringen.

Admiral Köster in New York.

Die großartigen Festlichkeiten aus Anlaß der Subjontionsfeier in Newport haben den dort lebenden Deutschen mannigfache Gelegenheit gegeben, der zur Teilnahme an den Feierlichkeiten in Newport weilenden deutschen Flotten-Deputation Gastlichkeit in reichem Maße zu gewähren.

Auch der Deutsche Kriegerbund veranfaltete, wie der „Berl. Volz-Anz.“ berichtet, aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens ein Galabandent. Großadmiral von Köster führte den Ehrenvorstand. Der deutsche Marine-Attache überreichte im Auftrag Kaiser Wilhelm dem Bundes-Admiral Köster, heute das Hoch auf den Kaiser, Geber von Skaf auf den Präsidenten Taft aus. Großadmiral von Köster, der bei keinem Erscheinen mit besonderer Oranation empfangen wurde, sprach bei seinem Hoch auf den Kriegerbund von dessen Liebe zum alten Vaterlande und der Freude an der neuen Heimat. Es bereite ihm besondere Genugung, dem Jubiläum des Kriegerbundes beizumohnen.

Wir Deutschen, führte er u. a. aus, sind ein weisheitsreiches Volk und leicht und gerne tragen wir unsere Kämpfe, wissend, daß sie den Frieden erbält. Ich, als Bürger der Vereinigten Staaten, werden Sie als ganze Männer bestrebt sich, diesem neuen Lande ganz anzugehören und Ihre ganze Kraft für das Wohlergehen dieses gelegenen Landes einzusetzen, was Sie nicht hindert, die deutsche Sprache, Sitte und Kameradschaft zu pflegen. Als „deutsche Macht a. Subjont“ möge der Newporter Kriegerbund sich immer mehr zu einem unzerstörbaren Bande zwischen unseren zwei mächtigen, den Interessen des Friedens dienenden Völkern entwickeln.

Großadmiral von Köster und die deutschen Offiziere waren Johann Gaffe Hermann Ridders, des Vorsitzenden der Subjontions-Kommission.

Zusweisung.

Erhebliches Aufsehen erregt in Kattowitz die Ausweisung einer Anzahl dort wohnender Deutscher. So hat der Inhaber des „Räuber-Gast“, der seit 24 Jahren in Deutschland lebt, einen Ausweisungsbefehl erhalten, weil er infolge des lebhaften Geschäftsganges die Gewerbeordnung dadurch übertreten habe, daß er einem Büffetraum nicht die gefällige Absehung gewährt habe. Sein Geschäftsbetrieb und sein Kasse haben ebenfalls Ausweisungsbefehle erhalten. Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, haben sich erste und maßgebende Kreise, darunter Vorstandsmitglieder des Deutschen Dänemarkvereins, bei der Regierung für die Aufhebung des Ausweisungsbefehls bemüht.

Daß ein so wichtiger Grund, wie die Übertretung der Gewerbeordnung zur Ausweisung eines Gastwirtsbesizers österreichischer Nationalität geführt habe, klingt sehr unwahrscheinlich. Da auch die Verwandten des Betroffenen ausgespart worden sind, wird man den Grund vermutlich auf anderem Gebiete suchen müssen.

Partei-Nachrichten.

Zum Fall Schack

machte der antilettische Reichstagsabgeordnete Lattmann in einer Verlesung in Kassel ersteinstufige Mitteilungen. Lattmann erklärte, daß Schack, wie auch ein vorläufiges ärztliches Gutachten eines der ersten Hamburger Nervenärzte bestätigte, die fraglichen Kräfte nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, sondern aus einer transthaften Schwärmerei heraus verfaßt habe, weshalb man ihn auch nicht moralisch verurteilen könnte. Es werde sich zeigen, ob er sich nicht in Unwürdigkeit, sondern ein Kranter sei. An die Niederlegung des Reichstagsmandats werde vor der Fällung des gerichtlichen Urteils nicht gedacht, um so mehr, als es andere Parteien in den Fällen der liberalen Abgeordneten Seibert, Sartorius und Heßer nicht eingeleitet sei, die Niederlegung der Mandate vor Fällung des Urteilspruchs zu verlangen.

Kleine politische Nachrichten.

Prinz Ludwig von Bayern.
Prinz Ludwig von Bayern ermahnte in einem Brief an seinen Vater die Deutschen in Oesterreich zur Eingetigkeit.

Ein neuer Forschungsreisender.
Dr. Zintgraff, der bekanntlich nach Kairo unterwegs war, lehnte plötzlich wieder nach Disä-Ababa, der Hauptstadt Abyssiniens, zurück, da angeblich Lebensgefahr bestand. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem deutschen Konsul in Addis Abeba, der ihn zum Zintgraffs Reise durch Besetzung einer von der abyssinischen Regierung gestellten Eskorte zu erlauben. Der Vorschlag ist nur durch Dr. Zintgraffs Nervosität erlöschlich.

Ausland.

Kosuth und Erzherzog Franz Ferdinand.

Wie verlautet, kommt Weterle am Mittwoch, Kosuth am Sonnabend wieder nach Wien, was auf eine Fortsetzung der Verhandlungen schließen läßt. Doch lauten Kosuths Aeußerungen in Budapest fortgesetzt sehr pessimistisch. Aufsehen erregt ein Angriff des Kosuth-Organ auf den Thronfolger, dem vorgeworfen wird, daß er, ohne eine Verantwortlichkeit zu besitzen, einen starken Einfluß auf den Monarchen ausübe. Auf der anderen Seite führt auch die „Krisis“, „Reichspost“, der man Beziehungen zum Thronfolger nachsagt, eine ungeduldigste Sprache gegen die Unabhängigkeitspartei und gegen Kosuth persönlich. Die Hoffnungen, daß durch die Berufung Kosuths die Krise auch nur einer provisorischen Lösung um einen Schritt näher gebracht werde, sind augenblicklich auf äußerste herabgemittelt.

Einweihung des Weltpostdenkmals in Bern.

Die Einweihungsfeierlichkeiten für das Weltpostdenkmal begannen gestern vormittag 10½ Uhr im Nationalratssaal. Bundesrat Torrer, der Vorsteher des schweizerischen Post- und Eisenbahndepartements, begrüßte namens der Eidgenossenschaft und des Bundesrats die von fast sämtlichen Weltpostvereinstellen erschienenen Delegierten und erinnerte daran, daß auf dem Weltpostkongreß in Bern im Jahre 1900 eine deutsche Abordnung den Antrag zur Errichtung eines Denkmals gestellt und der Kongreß diesen Antrag sanktioniert hat mit der Bestimmung, daß das Denkmal in Bern aufgestellt werden sollte. Das internationale Preisgericht entschied sich am 8. August 1901 für den Entwurf des Pariser Bildhauers René de St. Marcas, der einen genialen Entwurf zur genialen Ausführung gebracht. Bei aufsehenerregender Weite, das bald Sonnenlicht erhellte, erfolgte dann auf dem Denkmalplatz beim Parlamentsgebäude der Einweihungsakt. Der Staatssekretär des deutschen Reichspostamtes Kitzke hielt die Weisrede in deutscher Sprache und übergab das Denkmal namens des Weltpostvereins dem schweizerischen Bundesrat. Auch er sprach in seiner Rede die Schöpfung der „Union Postale Universelle“. Namens des schweizerischen Bundesrates nahm Bundesrat Torrer das Denkmal in deutscher Sprache entgegen. Weltpostdirektor Ruffo hob dann namentlich die großen Verdienste des Gründers des Weltpostvereins, des deutschen Generalpostmeisters Stephan, hervor. Musikvorzüge umrahmten die Feier. Am Mittag fand ein offizielles Bankett im Bernerhof statt, bei dem namens der Regierung Bundespräsident Deudler sprach.

Anarchie in Albanien.

Im Gebiete von Duma herrscht völlige Anarchie, was dort freilich aus der Zeit des alten Regimes als der normale Zustand gilt. Nach dem Rücktritt des Generals Pasha von Pasha sagen die Anarchen in Albanien, legen Feuer an die Klöster und die Klöster in Albanien ab und zerstören beide. Alle Beamten solcher Klöster sind vertrieben. Auf Befehl der Regierung hat Pasha Pasha sich auch von Pasha zurückgezogen und ist mit drei Bataillonen nach Västib abgegangen. Der Rest der Truppen marschierte in seine früheren Positionen zurück.

Danach scheint der Plan der Regierung, die Anarchen gewaltsam zu unterwerfen, vorläufig aufgegeben zu sein, was den Intentionen der leitenden albanischen Kreise entspricht, die fortgesetzt zur Anwendung friedlicher Mittel und Auffklärung der Anarchen rufen. Alle während des griechisch-türkischen Konfliktes nach Epirus geworfenen Truppen sind zurückgezogen worden.

Zu dem Attentat auf den Präsidenten East

wird aus New York folgendes Nähere gemeldet:

Als der Präsident am Sonnabend zu Oregon, wo er aus Seattle eingetroffen war, in sein Automobil flog, um zur Militärparade nach der Trübsis zu fahren, drängte ihn die junge Arthur Wright mit einer photographischen Kamera durch die Menge, und als die den Wagen des Präsidenten umgebenden Polizisten ihn zurückhielten, wurde er sehr erregt und erklärte, er wolle den Präsidenten photographieren. Da sein Befehl aufstieß, verhaftete ihn die Polizei. Bei seiner Durchsicherung fand sie einen kostbaren Revolver, der in drei Lagen geladen war, in seiner Hosentasche; es war eine großkalibrige Waffe, deren Kugel augenblicklichen Tod gebracht hätte. Wright hatte außerdem 50 Patronen bei sich. Wright erklärte, er habe den Präsidenten nur photographieren wollen und habe keine anderen Absichten gehabt. Er hatte ein Polizeibeamtchen mit der Aufschrift „Lovelace Massachussetts“ bei sich. Dasselbe lie ihm, so sagte er, vor fünf Jahren vom Polizeichef zu Lowell gegeben worden. Er habe eine dreimonatige Tour durch den Westen von Amerika gemacht.

Nach einem Telegramm aus Lowell wohnte Wright bis vor drei Jahren zu Hause bei seinen Eltern; im vergangenen Sommer besuchte er sie wieder, und es hieß, er sei geistig geworden. Wrights Vater erklärte, daß sein Sohn vor mehreren Jahren ein Gericht von seinem eigenen Selbstmord in die Welt gesetzt habe. Mit der Polizei in Lowell habe er niemals in Verbindung gestanden. Nach den seit seiner Verhaftung angestellten Nachforschungen ist er dem Präsidenten auf dessen Tour zu Stadt gefolgt; er soll seit einigen Jahren etwas schwach im Kopf gewesen sein. Die Polizei ist sicher, daß es sich um ein beachtliches Attentat an East handelte, das durch dessen Verhaftung glücklicherweise vereitelt wurde. Eine Verschwörung wird nicht vermutet, und es liegen keinerlei Beweise für eine solche vor.

Der amerikanische Botschafter in London, Mittellaw Reid, erklärte in einem Interview über den angelegten Attentatsversuch, er habe den Präsidenten East bei seiner jüngsten Begegnung mit ihm bei vorzüglicher Gesundheit und Stimmung gefunden, er sei äußerst beliebt beim Volk, und er könne nicht begreifen, wie irgend jemand ihm ernstlich nach dem Leben trachten könne. Er hoffe, die Meldung von einem verfaßten Attentat sei übertrieben.

Kongresse und Verbandstage.

Deutscher Mieter-Verbandstag.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Jena, 3. Okt.
Unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten der Deutschen Mietervereine trat heute der 10. Verbandstag im Burgtheater zusammen. Auf der Tagesordnung stand zunächst nach den offiziellen Begrüßungsansprachen ein Vortrag von Maisinger (Leipzig) über die

Organisation der Hausbesitzer und der Mieter.

Der Redner besprach einleitend die Entstehung dieser Organisationen, die sich auf wirtschaftlichen Gebiete wie Konsumvereine und Produzenten verhalten, also in einem gewissen Gegenjähre zueinander stehen. Diese Gegenjähre sind entstanden, als das Hausbesitzertum zu einem Gewerbe wurde. Die alten Vorrechte der Hausbesitzer, z. B. hinsichtlich der Rechte bei den Stadtverordnetenwahlen stammten noch aus der Zeit, als der Hausbesitz als ganz besonders wertvoller Bestandteil der Gemeinde galt, mit der er organisch verbunden war. Die Zeiten haben sich aber geändert und von der alten Selbsttätigkeit der Hausbesitzer ist wenig übrig geblieben. In den Großstädten namentlich wechseln die Häuser sehr oft den Besitzer. Hier wohnen auch die Eigentümer prägnant nur in geringem Maße im eigenen Hause. Der Erwerb von Häusern ist heutzutage nicht mehr wie früher eine Vorbedingung zur Ausübung eines Handwerks, sondern einfach ein Geschäft, das man betreiben kann, wenn man noch ein Stand der Berufsständigen Vermieter erntet, die im Grunde genommen weiter nichts als Kapitalverwalter sind. Der Zentralverband steht auf dem Standpunkt, daß die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses den Privaten überlassen sei. Sein Ziel ist, die Grundrenten ziemlich hoch zu halten. Daher ist er ein feindlicher Fortschritt in Grundsteuer- und Grundkreditfragen. Von diesem Standpunkt aus bekämpfen die Hausbesitzer die Wertungsmacht und sind auch sonst bemüht, ihre Rechte den Mietern gegenüber fortwährend zu erweitern. Die Organisation dieser war daher notwendig, um durch Selbsthilfe den übertriebenen Ansprüchen der Hausbesitzer entgegen zu treten, zumal die Behörden sich vielfach als mächtig erweisen haben. Die Mietervereine haben auch schon bedeutende Erfolge erzielt. 16 Vereine haben einige Baugenossenschaften gegründet. In verschiedenen Städten haben die Mietervereine Einfluß auf die Stadtverordnetenwahlen gewonnen. Es bleibt aber noch viel Aufführungsarbeit zu tun. Nach der Eröffnung interner Angelegenheiten wurde der Jahresbericht erstattet. Danach gehören dem Verbande 20 000 Mitglieder an. Der Bericht erwähnt dann die Arbeiten des Vorstandes, namentlich die Eingaben an die gesetzgebenden Körperschaften.

In einer öffentlichen Versammlung sprach Generaldirektor Dr. Mangold (Berlin) über die

„Reform unserer Städteordnung“.

Der Berichterstatter stellt für eine solche Reform zwei Wege: Entweder weitgehende Erleichterung der privaten Aufschließung von Baugebieten und dadurch durch stärkere Konkurrenz oder verlässliches öffentliches Eingreifen. Für unsere deutschen Verhältnisse kommt hauptsächlich der zweite Weg in Betracht. Die Stadterweiterung muß in viel höherem Grade ein öffentliches Geschäft werden als bisher. Zu ihrer Reform kommt auch die organisierte Selbsthilfe in Form von Gründung gemeinsinniger Terringemeinschaften ernstlich in Betracht.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 6. Oktober.

Stadterordneten-Sitzung.

Halle, 4. Oktober.

Am Vorstandssitz der Herren Justizrat Höhring, Oberlehrer Prof. Dr. Bangert und Fabrikant Greife, Eingegangen ist ein Schreiben des Direktors und der Lehrer der Sandwitzer-Schule, die sich für die Aufhebung ihrer Gehälter bedanken.

Die Vorlagen der Erhöhung der Lehrer- und Beamtengehälter gehen an den Staatsausfluß. Von einer Petition des Kommunalvereins, den Steinweg mit elektrischen Straßenlampen zu versehen, wird Kenntnis genommen. Eine Eingabe des Herrn Pohlmann wegen Fluchtlinienregulierung geht an den Petitionsausfluß.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein:

1. Der Magistrat hat beschloßen, für die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände, Kleidungsstücke, Bett- und Leinwand für die in die beiden neuen Baracken des Siechenhauses aufzunehmenden 40 Pflegerinnen und 9400 Mk. nach Maßgabe des Kostenanschlags des Hochbauamtes aus Kap. XIX Nr. 11 des Rammelberg-Bauschulplanes für 1909 zu bewilligen. Die Matriken sind, soweit es möglich ist, im Siechenhaus anzufertigen. Die Veranschlagung genehmigt den Antrag, bewilligt indes nur 6000 Mk. (Ref. Herr St. Colberg.)

2. Magistrat und Schlichtungsbüro haben die Bewilligung der Kosten für Bau und Beschaffung von A. aus dem Erneuerungsfonds des Schlachthofes die Kosten für a) Inlandungsarbeiten im Restaurationsgebäude 2300 Mk., b) Abdeckung der Glasbehälter im Akkumulatorenraum 150 Mk., c) Einrichtung einer Entleerungsanlage in der Schweinefütterung 250 Mk., Summa 2700 Mk.; B. aus dem Erneuerungsfonds des Viehhofes die Kosten für Umtrieb und Wasserleitungsanlagen in der Kleinviehmarkthalle 4500 Mk. Die Veranschlagung genehmigt die Vorlage. (Ref. Herren St. Reichardt und Proß.)

3. Infolge Teilung des bisherigen einen Restorators der Volkshäuser IX und X in zwei ist die Anschaffung von 5000 Mk. und 5000 Mk. für das 2. und 3. Mittelzimmer der Volkshäuser IX und X notwendig. Die Kosten betragen nach dem Kostenanschlage 1450 Mk. Das Kollegium stimmt zu. (Ref. Herr St. Döhler.)

4. Die für Zuschüsse gemäß § 53 des Kommunalabgabengesetzes ausgemessene Position 18 Kap. VI, B. II über 1500 Mk. wird in diesem Jahre eine erhebliche Ueberschreitung erfahren. Es sind auf sie bereits 710,47 Mk. für die Gemeinde Buedorf verbucht worden und für die Gemeinde Canena noch 1718,84 Mk. zu zahlen. Außerdem sind

von 8 Landgemeinden Ansprüche in Höhe von fast 13 000 Mk.

gegen die Betriebsgemeinde Halle erhoben worden; mit der Gemeinde Canena schwand über eine der Postkarte 1907 und 1908 betreffender Widerspruch der Verwaltungsverfahren mit einem Objekt von zusammen 2920,65 Mk. Selbstverständlich werden diese Ansprüche nicht ohne weiteres anerkannt, vielmehr einer eingehenden Prüfung unterzogen und voraussichtlich auf ein erheblich geringeres Maß reduziert werden. Schon heute aber steht fest, daß nach Befriedigung der mit 1718,84 Mk. für das Jahr 1908 anerkannten Forderung der Gemeinde Canena bei Einzurechnung des für Buedorf geleisteten Betrages die vorgezeichnete Position 18 um 229,31 Mk. überschritten ist und durch die weiteren Ansprüche noch um mindestens 4000 Mk. überschritten werden. Die Veranschlagung wird deshalb auf 5000 Mk. zu verkleinern, unter dem gleichzeitigen Hinweis, daß der letzterwähnte gemeinnützige Zweckfonds infolge der erheblichen Nachzahlungen für die Schulen und infolge der unerwartet hohen Leistungen für Strohenerwerb, Siechenhaus und Feuerwehr auch ebenfalls erschöpft ist, jedoch genügende Deckung durch die ihm zustehenden Kämmereierüberschüsse bietet.

Die Veranschlagung stimmt zu. (Ref. Herr St. Sie-

men.)
5. Der bis 30. September 1910 an den Bäckermachermeyer W. Jaculi für jährlich 1800 Mk. vermietete Laden Nr. 3 nebst Kellerraum im Schmeerstraßenflügel des Ratscellergesäßes soll ihm auf die Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 30. September 1916 für den jährlichen Mietzins von 2000 Mk. weiter vermietaet werden. Der Antrag wird angenommen. (Ref. Herr St. Blumentritt.)

6. Der Antrag des Herrn St. Döhler, den Laden aus-

zuschließen wird abgelehnt.
7. Infolge der Errichtung des Fußleitensbaues auf dem Grundstück Kleine Steinstraße Nr. 7 entfallen von letzterem nach dem Fluchtlinienplane Parzellen von 19 Quadratmeter Flächeninhalt zur Strafe, während die hinter der Fluchtlinie liegenden flächigen Parzelle von 6 Quadratmeter Größe zum Grundstück zu erwerben ist. Die Fluchtlinienverwaltung ist damit einverstanden, daß Fläche gegen Fläche ausgetauscht und das Mehr des zur Strafe abzutretenden Landes mit 60 Mk. pro Quadratmeter entschädigt wird. Dieser Einheitspreis wird für angemessen gehalten. Die Veranschlagung stimmt zu. (Ref. Herren St. Blumentritt und Colberg.)

8. Der Kaufmann Albert Trautwein jun. erachtet auf seinem Grundstück Große Kirchstraße Nr. 31 einen Neubau nach den fluchtlinienmäßig festgelegten beiden Entwurfszeichnungen für einen Grund und Boden der Großen und Kleinen Kirchstraße je ca. 2 Quadratmeter Land zur Strafe, moegen zur Begründung der nördlichen Baufläche 1,51 Quadratmeter Straßenland zum Grundstück zu erwerben. Herr Trautwein hat sich mit dem Vorschlage des Magistrats einverstanden erklärt, von dieser Parzelle 0,76 Quadratmeter gegen eine gleich große Fläche des infolge der Fluchtlinienabgrenzung und 0,75 Quadratmeter gegen eine ebensolche des an der westlichen Grundstücksseite zur Strafe abzutretenden Landes einzutauschen. Das Mehr der Großen Kirchstraße abzutretenden Parzelle soll ihm mit 350 Mk. und dasjenige an der Kleinen Kirchstraße mit 125 Mk. pro Quadratmeter entschädigt werden. Die unter Kap. XIII B. 20 des Hausplans für die Fluchtlinien vorzulegenden Mittel sind fast erschöpft; die einzufließenden Mittel sind daher aus den Ueberschüssen des laufenden Rechnungsjahres zu holen.

Herr St. Blumentritt als Referent des Grundbesitzausflußes beantragt Genehmigung der Vorlage, für die sich auch der Referent des Finanzausflußes Herr St. Colberg ausspricht, wenigleich der Finanzausfluß

W. für viel zu hoch erachtet; nur in Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache möge man zustimmen.
Herr Stv. Emmer wünscht Bezeichnung im Bauausführ.
Berammlung folgt dem Antrag Emmer.
8. Der Magistrat ersucht, von der an der Kohlfütterstraße gelegenen Baustelle Nr. 34 eine Fläche von etwa 21 Quadratmeter Größe zum Preise von 50 Mk. pro Quadratmeter an den Maurermeister August Krefeler hier zu veräußern.
Die Verammlung lehnt ab, will aber eine andere Nachbarrfläche von 14,5 Quadratmeter überlassen. (Ref. Herr Stv. Reichardt.)
9. Ueber den

Ankauf der Straßenbahn

referierte Herr Stv. Engelke namens des Finanzauschusses. Der Kaufpreis sei verträglich festgesetzt: 1.250.000 Mark und Ueberrahme von 880.000 Mk. Dbligationschuld. Ein Handeln geht es nicht. Dabei könne man sich gegenwärtig halten, daß die Werke, die wir übernehmen, nicht leicht ein wenig zu hoch geachtet für die Sache müßten, wenn kommunalpolitischen Gesichtspunkte beurteilt werden. Es sei zu hoffen, daß wir doch zu einer Rentabilität kommen werden, wenn die finanzielle Auslage die Rechnung, die man aufgestellt hat, für etwas zu optimistisch halte. Die Sache habe Vorteile und Nachteile. Die Schaffner usw. werden dann städtische Arbeiter und als solche verordnungsberechtigt. Die Löhne werden wohl auch höher werden. Die Bahn werde durch den Ausbau neuer Linien rentabler werden. Wenn wir in 20 Jahren die Stadtbahn kaufen, sind wir dann Herren im eigenen Hause, Herren aller Bahnhöfen in unseren Straßen. Durch die Straßenbahn, die wir ja nach der Heide ausbauen wollen, machen wir das dortige städtische Land wertvoller und haben für etwaige Opfer damit ein Äquivalent. Man denke an die Stadtbahn, die auch das Land an der Wuchererstraße und Weißstraße wertvoll gemacht hat. Referent empfiehlt Annahme der Vorlage.
Herr Stv. Colberg erklärt sich prinzipiell zu dem Grundsatze, daß die Stadt nicht viel gemeinliche Betriebe übernehmen soll, denn sie arbeite teurer als die Privatunternehmen. Es würden bald neue Forderungen an die Stadt herantreten: Erhöhung der Löhne, Ruhegehalt für die Angestellten usw. Aus allgemeinen kommunalpolitischen Gesichtspunkten läßt sich die Sache aber diskutieren. Haben wir die Möglichkeit, auch die Stadtbahn zu erwerben? In nächster Zeit nicht, denn die Stadtbahn würde wohl sehr hohe Ansprüche stellen. Bei der Straßenbahn sind keine entsprechenden Abforderungen gemacht; wäre das immer gegeben, so würde keine Dividende geblieben sein. Der Wert ist viel geringer, als der Kaufpreis beträgt. Wir würden viel zu teuer kaufen. So lange wir die Stadtbahn nicht erwerben können, wollen wir uns auch den Kauf der Straßenbahn nicht anheim geben. Nichts leidet dabei nur das Interesse der Steuerzahler. Wir wissen, daß das nächste Jahr uns neue Steuerlasten bringen wird. Eine großzügige Politik, die auf ein „Groß-Haus“ ausgeht, ist gewiß schön, aber wir müssen auch die Mittel dazu haben.
Herr Stv. Knaabe stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Wir können aus dem Geschäft nur bloß Verlust herausrechnen. Die Steuerzahler werden eine neue Last erhalten; die Berechnungen des Herrn Direktors Jung sind nicht erschöpfend. Mit Ach und Krach rechnet er uns 4 Proz. heraus; er hat dabei aber viel zu optimistisch gerechnet. Die Bahn hat übrigens nicht 100 Proz. Wert, sondern nur 60. Die Einnahmen sind allerdings gesiegen, aber die Ausgaben gehen eine noch stärkere Tendenz, zu steigen. Ich kann den Antrag jetzt nicht verantworten. Wir können später kaufen; jedes Jahr haben wir dazu verträglich das Recht.
Herr Oberbürgermeister Dr. K. A. v. e. Die Anschaffung der Herr Colberg prinzipiell vertreten hat, die Stadt soll den Kreis ihrer gemeinlichen Anlagen nicht ausdehnen, hat heute seine Geltung mehr. Die Städte haben es bitter bezahlt, daß solche Grundstücke einst bei ihnen herkömlich waren. Die Gasversorgung der deutschen Städte haben damals vornehmlich englische Gesellschaften übertragen erhalten; sie haben ständige Geschäfte gemacht dank ihrem Monopol in den betreffenden Kommunen. Man erkannte bald, daß die Gesellschaften große Gewinne zogen, das öffentliche Interesse aber zu kurz kam. Durch die finanzielle Notwendigkeit gezwungen, bequemen sich die Städte, die Werke unter kolossalen Opfern anzukaufen oder die schiefen Konkurrenz vorzunehmen. Berlin wählte den letzteren Weg. Noch heute verzögert eine private englische Gesellschaft einen Teil Berlins. Im Vergleichsverfahren hat die Stadt verloren. Nach den Gasversorgungsbedingungen kamen die Gesellschaften zur Verzögerung mit Wasser. Damals hatte man schon gelernt, die Städte zu kaufen, zum größten Teil selbst ihre Werke zum eigenen Betrieb. Später entstand die Frage der Erbauung der Elektrizitätswerke. Da hätte man die Lehre vom früher schon wieder vergessen: die Städte scheuten das Risiko. Die Kommunen veranlaßten den Bau und Betrieb an Privatgesellschaften, die jetzt dafür gute Geschäfte machen; in mehr als der Hälfte Städte ist das so. In manchen Gegenden ist der Ring der Privatgesellschaften auf dem Gebiete geradezu eine wachsende Herdenschaft für die Städte. Wir haben sehrzeitig unser Werk selbst gebaut zu eigenem Betrieb und haben damit jetzt ein Unternehmen, das reiche Früchte trägt. Wir haben damals klug gehandelt. Hinsichtlich der Straßenbahnen war man am weitesten in der Erkenntnis zurückgeblieben. Sie sind meist in den Händen von Privatgesellschaften. Aber lesen Sie nach Berlin! Was hätte Berlin für Vorteile, wenn es Herr Krefeler Straßenbahnen wäre. So sind sie manchmal geradezu eine der Kommunen feindliche Wägen. Wir stehen jetzt wieder einmal vor dem Punkte, wo es heißt: die Zeit richtig erkennen. Mit dem Standpunkte des Kaufmanns allein, wie Herr Knaabe will, kann man die Sache nicht gewinnen. Nicht der Kaufmann hat hier zu rechnen und zu entscheiden, sondern die Verfassung hat hier kommunalpolitische. Die Stadt darf nicht lediglich finanzielle Gesichtspunkte ausschlaggebend sein lassen. Wir müssen vor allem prüfen: Was hat der Erwerb der Straßenbahn auf die Stadt in ihrer Gesamtheit zu bringen und ihrer Gesamtzufahrt für Einfuß? Es liegen nun die Erfahrungen anderer Städte und der städtischen Verhältnisse durchaus klar. Sie machen uns: Aus dem Kaufpreise! Und wenn's auch Opfer kosten sollte, der Kaufpreis wird ein Zukunftsinvestment! Wir werden die Herren der Straßen; die Konflikte mit den Bahngesellschaften fallen weg. Wir gewinnen die Möglichkeit, den Straßenbahnbetrieb in größtenteils Weise auszubauen, und die Straßenbahnen so zu entwickeln, wie es unsern Interessen entspricht. Wir können die Entwicklung der Stadt selbst über die Grenze ihrer Bebauung hinaus entwickeln.

Wo die Bahn entlang fährt, erhöht Bauaktivität. In der jetzigen Straßenbahn ist eigenartig; entspricht nicht dem Verkehrsbedürfnis. Daß dieser Zustand auf die Dauer bleiben kann, ist ausgeschlossen; er läßt sich aber nur durch uns selbst ändern. Es ist schon ein guter Anfang, wenn wir erst mal eine Bahn haben. Was ist denn in den letzten Jahren an neuen Linien gebaut? Nur die Schlaichhofflinie. Konzessionsgesuche sind genug an uns herangekommen; aber der Magistrat lehnt sie alle ab und er tut recht daran, handelt durchaus im Interesse der Stadt, die Privatunternehmer haben sich dann an die vorgelegten Bedingungen gewendet und veräußert, aber der Kopf der Stadt hingegen war gefesselt zurück; man denke an Berlin, wo der Verkehrsbedarf neben der Willen der Stadt einfach auf 100 Jahre an einen Privat-Gesellschaft eine Konzession erteilt — eine Konzession zu erlangen, aber die Sache ist zum Glück noch stets hintertrieben worden, weil die Regierung das Interesse der Stadt anerkennt und für berechtigt hält. Wie lange wird sich der Zustand noch halten lassen? Eine Entwicklung ist nur möglich, wenn wir selbst unsere Straßenbahnen in Betrieb nehmen. Wir müssen über die Grenze der Bebauung hinaus unsere Stadt erweitern; sobald wir neue Linien schaffen, setzt sich dort die Bautätigkeit, Königsberg und andere Städte sind dafür treffliche Beispiele. Gewiß, wir wollen uns keinen Illusionen hingeben: die private Aktiengesellschaft arbeitet billiger als eine Kommune. Wir zahlen höhere Löhne, machen die Leute zurechtverfassungsberechtig. Aber damit erfüllen wir doch auch eine wichtige soziale Pflicht. Erwerben wir erst 1920, so machen wir ein schlechtes Geschäft. Wir müssen dann den Abgang auslaufen oder einen neuen annehmen, das Depot erwerben, die Abfertigung und die Schienen; wir werden beide unentgeltlich bekommen, erneuern; sie werden baldhin hineingewirft sein, da die Gesellschaft natürlich kein Interesse daran hat, große Aufwendungen dafür zu machen. Das macht dann eine Ausgabe von 1 1/2 Mill. Mark, 636.000 Mk. weniger, als wir jetzt zur Ueberrahme aufwenden sollen. Da wollen wir doch zugreifen und jetzt schon uns die vielen Vorteile sichern. Die Differenz muß uns dazu führen. Dieses Jahr ist die Bahn verhältnismäßig am billigsten. Die Dividenden steigen mit Sicherheit, und das äußert sich laut Vertrag dann auch im Kaufpreise. Die Berechnungen Jung sind aber zu pessimistisch, jedenfalls sind sie sehr nüchtern und klar. Um 20.000 Mk. liegt regelmäßig die Jahreserinnahme der Bahn. Das liegt in der Stellung des Verkehrs, im Zuwachs der Bevölkerung. Ueber haben wir in den Jahren 1900 und 1903 die Gelegenheit genutzt, die Stadtbahn für 2 1/2, bzw. 3 Millionen zu kaufen. Damals schon wurde Jungs Berechnung als zu optimistisch hingestellt, die Entlohnung hat aber ergeben, daß Jungs noch viel zu vorsichtig, viel zu pessimistisch gerechnet hat. Häuten wir damals gekauft, so wären manche Hunderttausend Mark, die in den Kopf der U. G. G. der Eigentümerin der Stadtbahn, geflossen sind, dem Stadtfaul zu gute gekommen. Ich warne dringend, diesmal ja nicht die Gelegenheit zu verpassen.

Nach lebhafter langer Debatte, auf die wir im einzelnen im Abendblatt eingehen werden, wurde in zweiter Lesung beschlossen. Die Abstimmung der ersten Lesung, die namentlich war, ergab
31 Stimmen dafür, 16 dagegen.
Es stimmten für den Ankauf:
Hjmann, Bangert, Beige, v. Blume, Borchert, Borges, Brandes, Dehne, Emmer, Engelke, Föhring, Gerig, Greiler, Hartung, Herfeldt, Robe, Kühne, Kunder, Klingsleben, Mener, Dierberg, Pfauisch, Probst, Rammelt, Reichardt, Riediger, Springer, Stammer, Thiele, Zell, Steinbrück;
gegen den Ankauf:
Blumentritt, Colberg, Daniel, Grimm, Hngas, Hertel, Herxau, Keil, Knaabe, Kober, Kober, Kesse, Kusch, Schmidt-Kimpfer, Siemens, Stephan.
10. Das Gesuch der Firma Schaub & Co. hier, die Breite der Straße nicht auf 28,50 Meter, sondern höchstens auf 20 Meter zu verbleiben oder es bei der jetzigen Breite von 15 Meter zu belassen, wurde abgelehnt.

Schulderjünnis aus finanzieller Not.

Das Kammergericht hatte sich, wie uns unser Berichterstatter meldet, mit einem eigenartigen Rechtsstreit zu beschäftigen.
Ein Arbeiter L., welcher 2 Kinder besitzt, war auf Grund einer Verordnung in Strafe genommen worden, weil er seine Tochter anständig zum Schulbesuch ferngehalten hätte. L., welcher durch Anfälle Anwalt geworden war, bezog auf Mt. Rent und Armenunterstützung. L. behauptete, er könnte aus dem Grunde die Mädchen nicht zur Schule senden, weil er keine Mittel besäße, um seinen Töchtern die erforderlichen Kleider zu beschaffen. So wohl das Schöffengericht als auch die Strafkammer sprachen L. frei, weil das ihm zur Verfügung gestellte Geld wohl für Kleidermittel, nicht aber für Kleider der Kinder ausreichte hat. Diese Entscheidung löst die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an und betonte, L. hätte seine Kinder zur Schule senden und abwarten müssen, ob die Kinder wegen ihrer mangelhaften Kleider aus der Schule fortgestellt waren. Das Kammergericht wies jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurück, indem es u. a. ausführte: die Revision scheiterte an der tatsächlichen Feststellung der Strafkammer; nach § 48 II 12 A. L. R. können nur solche Eltern bestraft werden, welche durch ihre Nachlässigkeit die Schulderjünnis ihrer Kinder herbeiführen. Vorliegend sei aber ohne Rechtsstreit tatsächlich festgestellt, daß die Schulderjünnis nicht auf Fahrlässigkeit des Angeklagten beruhe.

Vorträge aus der Paläontologie des Menschen.

Auch in diesem Winter veranstaltete die Naturwissenschaftliche Verein und der Sächsisch-Thüringische Verein für Erdkunde gemeinschaftlich verschiedene größere Vorträge bedeutender Forscher. Es wird am Donnerstag, den 14. Oktober, der bekannte Anatom Prof. Kraack, Direktor des ethnographischen Museums zu Breslau, über die neuesten Ergründungen an der Basis der Paläontologie des Menschen, zu denen er selber nicht unwesentlich beigetragen hat, berichten. Am Donnerstag, den 13. Januar, folgt ein Vortrag von Prof. Wols aus Breslau über Nord-Sumatra, das er während seiner dortigen Zeit, im Monat, den 7. Februar, ein großer dreitägiger Vortrag von Dr. M. Aurel Stein aus Oxford über seine dreißigjährige Forschungszeit durch Zentralasien, die sowohl in geographischer als auch in archäologischer Hinsicht als außerordentlich erfolgreich allgemein anerkannt wird.
Die Vorträge, zu denen auch die Angehörigen der Mitglieder beider Vereine Zutritt haben, sind alle von zahlreichen Lichtbildern begleitet und finden abends 8 Uhr in dem Auditorium maximum des Seminarsgebäudes neben der Universität statt.

Halle'scher Bürger-Verein, Der Hall. Bürger-Verein hält Freitag, den 8. Oktober, ab 8 1/2 Uhr im Restaurant „Tulpe“ eine Ausgehörung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Die Stadtvorordnetenwahl. 2. Die Gefährdung der städtischen Beamten und Lehrer (Referenzen die Herren Kitzsche und Schlichter). 3. Bericht über die letzten Stadtvorordnetenwahlen (Ref. Herr Selmede).

Provinzial-Nachrichten.

Jagdunglück.

Leber, 2. Ott. Der Schmiebmeister Otto Schmidt befand sich auf der Jagd und hatte seine Wäsche — einen Drilling — auf einen Raubvogel gerichtet, aber nicht abgefeuert, da das Wild nicht schußgerecht war. In dem Bemühen, die Wäsche umzustellen, straukelte er, der Lauf der Wäsche richtete sich rückwärts und der Raubvogel entfuhr sich. In einer Entfernung von 800 Metern war die 11jährige Tochter des Deponomen Karl Stibbe mit ihrer Mutter und noch einem Knaben mit Kartoffeln beschäftigt. Die Kugel traf unglücklicherweise das Mädchen in den Rücken, drang an der Bauchseite heraus und durchbohrte noch die Hand. Nach 1 1/2 Stunde qualvollen Leidens verschied das Mädchen.

Brand durch eine Lampenexplosion.

Großwerber, 4. Ott. Bei unserer Kirchweih hat sich gestern Abend ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. In der Schönemannschen Gastwirtschaft war großer Artzettel unter starker Beteiligung von hier und auswärts. Im Restaurant hatte sich eine größere Gesellschaft, u. a. auch Gäste aus Nordhausen, zusammengelassen, wobei Hr. G. aus Nordhausen unter der Lampe hingehängenen Lampe in der Decke, nachdem man schon mehrfach an dem Petroleumbehälter gelassen hatte, und die brennende Lampe fiel der jungen Dame auf den Kopf, wobei der Ballon explodierte. Hr. G. stand sofort in Flammen; die Umstehenden bemühten sich sofort um die Brennende und löschten sie in Deden ein, vermerkten aber das Feuer nicht zu dämpfen. Man riß der Unglücklichen sofort die Kleider vom Leibe, doch hatte sie sehr schwere Brandwunden erlitten. Der Sekret und die Kopflosigkeit der anwesenden Gäste war unbeschreiblich; alles flüchtete die Treppe hinunter und bildete unten einen wirren Anhauf, wobei verschiedene Verletzungen vorkamen. Ein Mann war über eine halbe Stunde bewußtlos und konnte nur nach längeren Bemühungen zum Leben zurückgebracht werden.

Warnet eure Kinder vor dem Betreten der Eisenbahnanlagen!

Jena, 2. Ott. Die Kgl. Eisenbahndirektion Erfurt weist darauf hin, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehrten, daß Kinder beim Eisenbahnbetrieb überfahren werden. Zur Verhütung solcher Unfälle verfährt die Eisenbahndirektion, daß von den Aufsichtsberechtigten und dem Bahnwachmannspersonal streng darauf zu achten ist, daß die Bahnanlagen an verbotenen Stellen nicht von Kindern betreten werden. Bahndienstleute, die in der Nähe der Bahnen wohnen, sind ferner anzumahnen, auch ihren Kindern das Betreten des Bahnhofs auf das strengste zu untersagen. Ferner wird den Schrankenwärtern zu Pflicht gemacht, beim Schließen der Schranken besonders auf Kinder zu achten, die den Schranken nahe kommen und zwar besonders dann, wenn eine Zugbegegnung stattfindet, wegen deren die Schranken nach Vorbefahrt des einen Zuges noch geschlossen bleiben müssen. Wo besondere Verhältnisse vorliegen, sind die Einfriedigungen und die Schrankenanlagen so einzurichten, daß sie nicht umgangen oder durchschlüpft werden können.
Auch Eltern, Lehrer und sonstige Erzieher tun gut, wenn sie die ihnen anvertrauten Kinder vor dem Betreten des Eisenbahnhofs warnen.

Dieslau, 4. Ott. (Das zweite Opfer.) Die 10jährige Tochter des verstorbenen herrschaftlichen Dieners R., welche durch einen Pseudoschiff ihres Vaters schwer verletzt wurde, ist nach dreiwöchentlichem ärztlicher Behandlung verstorben und in vergangener Woche hier feierlich beerdigt worden. Auch bei um 1 Jahr jüngere Sohn lebte schwer an der Schwereverletzung, jedoch noch nicht abzuweichen ist, welchen Ausgang die Familienratschläge nimmt. Der beiderwärtige Anwalt hätte außerdem noch wegen Darmverletzung operiert werden.

(Große, 4. Ott. (Freijagd.) Bei der am verfloffenen Sonntagabend in unserer Provinz abgehaltenen Treibjagd wurden an 150 Hagen und 30 Rebhühner erlegt.

Wittenberg, 4. Ott. (Ein Einbruchsdiebstahl.) Ist gestern nachmittag in dem Hause Neubauer, 13 verurteilt worden. Als gegen 7 Uhr die in der zweiten Etage wohnenden Buchhalter Beinsgelenz Eheleute von einem Spaziergehen zurückkehrten, fanden sie die verschlossene gewöhnliche Reißschloß geöffnet. Beim Betreten der Wohnung bot sich ein Anblick, der Verwundung aus. Es wurde festgestellt, daß die Türen mit einem Nachschlüssel geöffnet waren. In der Studie waren alle Bekleidungsgegenstände erbeuten und aus diesen, außer einem Gelbbetrage von 20 Mark, worunter ein Jubiläumsgewand mit einem solchen mit dem Bildnisse Kaiser Friedrichs befanden, sie eine goldene Perlen- und Diamantenkette, ferner sämtliche Gold- und Silbergegenstände im Gesamtwerte von etwa 500 Mk. entwendeten. Die weniger wertvollen Sachen hatten die Diebe als Reiner zurückgelassen. Als Täter kommen zwei etwa 30 Jahre alte Männer, von denen einer mit einem grauen Anzug und Wäsche bekleidet war, und die gegen 7 Uhr, in der Richtung nach der Bahn gehend, gesehen wurden, in Betracht.

Magdeburg, 4. Ott. (Ein Luftschiffchen) beschäftigt der Magistrat auf dem Graueranger Anker anzuheben und hat sich zu diesem Zweck mit dem Militärkapitän in Verbindung gesetzt. Der Flug wird aus Beton mit Eisenstienen-Einlage hergestellt.

Ritzhen, 4. Ott. (Ergriffen aufgefunden) wurde gestern vormittag in einer kleinen Zuckerfabrik entdeckten Chemiker. Da der Mann in guten, geordneten Verhältnissen gelebt haben soll, liegt vermutlich ein Unglücksfall vor.

Schöneide, 4. Ott. (Zum Nordsee der Elbe) an dem Staatsanwaltschaft in Juidau ist ein anonym Brief gelangt, der scheinbar wichtige Angaben über den Tod des am 5. September 1905 im Schöneide Staatsforstverwalter erschienen aufgefundenen Schummers Elbe Müller enthält. Das unglückliche Mädchen hatte sich am 24. Juli in den Wald begeben, um Pilze zu suchen. Es blieb

